

Guido Ernst ist bei der Kibag für das Projekt Nuolen See zuständig und sieht die geplante Uferüberbauung als Aufwertung der Natur

«Was will man denn noch mehr?»

In Nuolen plant die Kibag eine 600 Meter lange Uferüberbauung. Projektleiter Guido Ernst sieht darin nur Vorteile. Kritik lässt er keine zu. Doch zur Frage, ob die Kibag-Bucht zum See gehört, muss Ernst eingestehen: «Darüber könnte man noch streiten.»

Obersee Nachrichten: Was bereitet der Kibag derzeit am meisten Kopfzerbrechen?

Guido Ernst: Die sich über Jahre hinziehende Behandlung unseres Projekts Nuolen-See, das in jeder Phase mit den zuständigen Stellen und mit Einbezug der Beteiligten erarbeitet wurde. Schon zweimal hat das Volk dem Projekt zugestimmt. Trotzdem geht es nicht vorwärts – die Bewilligung des Gestaltungsplans liegt immer noch nicht vor.

Freuen dürfen Sie sich über das Qualitätslabel der Stiftung Natur und Wirtschaft. Welche Bedeutung hat diese erneute Rezertifizierung der Kiesgruben in Tuggen/Nuolen?

Guido Ernst: Sie gilt nicht nur für die zwei Gruben, sondern auch das Land dazwischen, also den Golfplatz. Zusammen bilden sie eine optimale Basis für Fauna und Flora. Pflanzen und Tiere finden auf vielfältigem Terrain beste Lebensbedingungen. Uns liegt viel daran, dass dies so bleibt.

Was bringt diese Rezertifizierung?

Guido Ernst: Es ist uns ein Anliegen, unsere Tätigkeit im Einklang mit der Natur auszuführen. Dazu gehört nicht nur die Wiederherstellung, sondern auch die nachhaltige Begleitung der rekultivierten Flächen. So ist es uns gelungen dazu beizutragen, dass zum Beispiel die seltenen europaweit geschützten Gelbbauch-Unken sich bei uns wieder vermehren konnten.

«Zahlen normal, doch bescheiden»

Bei diesen Auszeichnungen spielt Res Knobel als ehemaliger Präsident des WWF Schwyz eine wichtige Rolle. Sein Name steht ja auch auf der Lohnliste der Kibag.

Guido Ernst: Das stimmt so nicht. Wir zogen sein Beratungsbüro zur Begleitung des Labels bei, das alle fünf Jahre erneuert werden muss. Zweimal pro Jahr treffen wir uns aber auch mit der Gemeinde und Naturschutzbeauftragten, um zu prüfen, wo welche Naturschutz-Arbeiten anstehen. Res Knobel ist da jeweils dabei, wofür wir ihm selbstverständlich ein normales, doch relativ bescheidenes Honorar zahlen. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt. So erzielten wir als einziger Schweizer Golfplatz mehrere internationale Ökoauszeichnungen.

Die geplante 600-Meter-Uferüberbauung scheint den WWF nicht zu stören, obwohl sie mit Seeauffüllungen gegen das Gesetz verstösst. Ist der WWF so ruhig, weil die Kibag Res Knobel bezahlt und er für sie diverse Projekte betreut?

Guido Ernst: Erstens ist Ihre Behauptung, dass Seeauffüllungen gegen das Gesetz verstossen, falsch. Im Gewässerschutzgesetz, Art. 39, heisst es: «Die kantonale Behörde kann



Guido Ernst zu den Uferüberbauungsplänen in Nuolen: «Wir haben wirklich genug getan.» Foto: Dominic Duss

Schüttungen bewilligen, wenn dadurch eine Flachwasserzone verbessert werden kann.» Und genau das passiert mit unserem Projekt. Zweitens ist Res Knobel seit 17 Jahren nicht mehr WWF-Präsident – und seit Jahren auch nicht mehr im Vorstand des WWF Schwyz. Wir arbeiteten mit dem Amt für Raumplanung, der Pro Natura Schwyz, dem WWF Schwyz und der ANL gescheite Ufergestaltungslösungen aus. Diese beurteilten wir gemeinsam und halten uns dabei an alle Auflagen.

Interessant ist aber: Knobel kassiert ja nicht nur jährlich für seine Kiesgruben-Begleitung, sondern amtiert auch als Administrator einer Kibag-Stiftung und machte schon Bauleitungen für die Kibag.

Guido Ernst: Wir zogen ihn vor gut zwölf Jahren bei der Erstellung des Golfplatzes bei. Da waren aber auch noch weitere Berater tätig. Denn die Gemeinde verlangte, dass dieses Gebiet ökologisch wertvoll bleibt. Er hat beim Naturlabel auch mitgearbeitet, das aber weder mit Nuolen See noch mit dem Kiesabbau zusammenhängt. Res Knobel übernahm zudem nie die Bauleitung für eines unserer Projekte. Bei der Stiftung Zingel bereitet er jährlich zwei Sitzungen vor, verfasst Protokolle, hat aber kein Stimmrecht.

In Nuolen soll nach Ihren Plänen See aufgefüllt werden, das ist in der Schweiz aber verboten. Wie kann das die Kibag, wenn sie gleichzeitig stets den Eindruck erwecken will, so umweltfreundlich zu sein?

Guido Ernst: Machen wir nichts, bringt der Mühlebach so viel Dreck, dass die Bucht innert weniger Jahre wieder Sumpfland wäre. Als die Kibag 1926 gegründet wurde, hat sie von Landwirten das Sumpfland gekauft und die Bucht ausgehoben. Jetzt kommen Sie und behaupten, wir würden Seeland aufschütten. Dabei existiert die Bucht nur, weil wir sie stets ausbaggern. Es ist ausparzelliertes

Land und wurde zu einem kleinen Teil bereits im Jahr 2000 eingezont.

Aber die Bucht gehört ja zum See!

Guido Ernst: Darüber könnte man noch streiten. Klar gibt es eine direkte Verbindung zum See. Ein Teil ist übrigens im Besitz des Kantons, der aber kein hoheitliches Seegebiet ist.

Die Kibag vertritt also die Meinung: Das war früher Sumpfland, man hat es ausgebaggert und es wurde zu See, ist aber weiterhin Land?

Guido Ernst: Richtig, es wurde für die Kiesbewirtschaftung genutzt und war schon parzelliert, bevor es die Kibag gab. Ähnlich ist es beim Kiesabbau im Wald. Nach der Rodung wird Kies abgebaut, die Zone bleibt aber Wald, und nach der Auffüllung werden wieder Bäume gesetzt.

Aber trotzdem ist es Teil des Sees.

Guido Ernst: Durch die Bewirtschaftung entstand eine Bucht mit direkter Seeverbindung. Damit sie sich nicht vergrösserte, bekamen wir damals vom Kanton die Auflage, zwischen dem See und der Bucht einen Damm im Seegebiet mit einer kleinen Schiffsverkehrsöffnung zu erstellen.

«Ein spezielles Verfahren»

Nur sind die Buchten eindeutig See und so in allen Karten eingezeichnet. Auch im Grundbuch Lachen werden sie so ausgewiesen, in jeder einzelnen Parzelle. See darf in der Schweiz aber nicht überbaut werden. Was sagen Sie dazu?

Guido Ernst: Die Baggerbuchten sind eine jahrzehntelang gewerblich-industriell genutzte Fläche mit künstlichen Ufern und bearbeitetem Seegrund – also nicht schützenswertes natürliches Ufer. Darum wollen wir mit der Sanierung dieser Industriebrache die Voraussetzungen für die

Landschaftsaufwertung schaffen. Aufschüttungen beschränken sich auf einen Teil des landseitigen Innenbereiches der Baggerbuchten. Dieser ist rechtsgültige Bauzone, die in einem speziellen Verfahren für das Teilgebiet Nuolen See geschaffen wurde. Ob die Baggerbuchten Teil des Sees bilden oder nicht, war eine lang umstrittene Streitfrage zwischen Kibag und UVP-Behörde. Sie wurde zugunsten des ersteren Standpunktes offengelassen. Sonst hätte es keine Bewilligung von Terrainveränderungen nach dem Gewässerschutzgesetz gebraucht.

Mit der Überbauung würde der Kiesverladehafen in Nuolen verschwinden. Wie will man denn künftig all das Kies transportieren?

Guido Ernst: In Tuggen haben wir vielleicht noch fünf Jahre Kies und können dann allenfalls noch ein neues Gebiet einzonieren. Wir rechnen mit maximal zehn bis fünfzehn Jahren Abbauezeit. Möglicherweise ist es aber so wenig Kies, dass es sich gar nicht mehr lohnt, dies zu verschiffen.

Die Kibag weiss also nicht recht, wie das mit dem Kies in Zukunft läuft und ob es überhaupt noch einen neuen Verladehafen braucht?

Guido Ernst: Ja, das ist noch offen. Deshalb wurde das auch nie kommuniziert. Der Gestaltungsplan ist aber etappierbar. Wir können die Überbauung von Osten oder Westen her realisieren, sodass man noch verladen kann, solange wir das noch wollen und noch Kies vorhanden ist.

Es ist taktisch geschickt, sich alle Optionen offenzuhalten. Nur will doch niemand neben einem Verladehafen wohnen!

Guido Ernst: Eben, wir schneiden uns ins eigene Fleisch. Wir wollen den Verladehafen aber in wenigen Jahren schliessen. Vielleicht haben wir bis dann erst die Baubewilligung für die Realisierung der Wohnüberbauung und können vorher noch gar nichts machen. Wenn sich die Abklärungen hinziehen, brauchen wir vielleicht gar keinen Hafen mehr.

Wenn sich die Kibag schon so naturbewusst gibt, weshalb müssen denn nun Private die Erneuerung des über zehnjährigen Umweltverträglichkeitsberichts (UVB) finanzieren? Lässt sich das mit einem Natur-Qualitätslabel vereinbaren?

Guido Ernst: Ja, weil wir wirklich genug getan haben. Vor zehn Jahren wurde der erste UVB erstellt und vor fünf Jahren aktualisiert. Wenn die Behörden heute noch wegen geänderter Voraussetzungen eine Nachbesserung verlangen, verzögert sich alles weiter. Wir befinden uns in einem Bewilligungsverfahren, und da sind die Behörden unsere Ansprechpartner. Kritisieren kann man immer etwas, nur muss das irgendwann aufhören, sonst wird's zur Verhinderungstaktik.

Sie sagen: Wir geben euch mehr als verlangt, aber nur, wenn wir dafür direkt am See Villen bauen dürfen!

Guido Ernst: Wir verschenken auf der Halbinsel über 11 000 m² Land für eine öffentliche Badi. Wir bauen alles so, dass die Öffentlichkeit am See entlang vor den Häusern in der Bucht und am See gehen kann. Es wird viel

öffentlicher Raum geschaffen – was will man denn noch mehr? Alle können von diesem Projekt profitieren, sogar die Gegner. Jetzt ist alles Privatbesitz. Wenn wir das Badeinseli schliessen, kann niemand mehr drauf. Überall will man öffentlichen Seezugang, nur ist das kaum irgendwo möglich. Wir wollen aber diesen Wunsch grosszügig berücksichtigen.

Warum bemüht sich die Kibag eigentlich so um ein grünes Image?

Guido Ernst: Es ist unsere oberste Devise, das bearbeitete Land nicht nur gleich, sondern eher wertvoller der Natur zurückgeben zu können. Dies gilt nicht nur am Obersee. Aber hier im Speziellen.

Zeigen Sie denn auch am Seeufer auf Tafeln, wie viel Schilf und Uferbewachungen zerstört werden, wenn 60 Häuser gebaut würden?

Guido Ernst: Wir zerstören doch nichts, sondern schaffen mehr als vorher. Selbstverständlich werden wir auf einer Tafel aufzeigen, wie die Bucht vorher aussah und wie wenige, kleine Schilfflächen es damals gab.

«Überbauung wird wirklich schön»

Ist das Ufer denn schöner, wenn 60 Häuser hier stehen?

Guido Ernst: Ja, das wird wirklich schön. Eine vielfältige Überbauung, zweistöckig mit Attikageschoss, ersetzt das Kies- und Betonwerk. Statt geraden, alten Ufermauern lassen wir eine wertvolle Uferlandschaft entstehen.

Doch der Widerstand wächst. Womit rechnen Sie als Nächstes?

Guido Ernst: Das hängt davon ab, was jetzt passiert. Zunächst warten wir auf die Genehmigung des Gestaltungsplans durch den Regierungsrat.

Läuft der Kibag die Zeit davon?

Guido Ernst: Nein. Der Gemeinde hingegen sehr wohl. Sie würde gerne die Badi realisieren. Wir vollziehen den Landabtausch aber erst, wenn der Gestaltungsplan genehmigt ist.

Sonst bleibt alles so, wie es ist, was Ihnen ja auch noch gelegen käme: «Jetzt hat ihr den Dreck!», könnte die Kibag dann sagen.

Guido Ernst: Nein, denn mit der Gemeinde ist vereinbart, dass wir 2014 das Kieswerk einstellen und dann abbrechen. Bis 2018 muss auch das Kiesförderband verschwinden. Ist der Gestaltungsplan bis dahin nicht genehmigt, bleibt es wohl Industrieland.

Wie gross schätzen Sie die Chancen ein, dass die Überbauung eines Tages überhaupt realisiert wird?

Guido Ernst: Ich denke, dass in vier, fünf Jahren die ersten Bauten in Angriff genommen werden können. Allein die Aufschüttungen dauern rund ein halbes Jahr. Für die Ufergestaltungen braucht es zuerst Versuche, damit der Kanton und alle Umweltschutzverbände beurteilen können, wie sie sein sollen. Vermutlich gibt es verschiedene, flachere und steilere Uferpartien.

Dominic Duss